

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts,
des Amtsgerichtshauses, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Notars der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassens: Dresden 1533
Stroßstraße Riesa Nr. 32.

Nr. 153.

Donnerstag, 3. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigenbeiträge werden an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ublemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Vor der Londoner Konferenz.

London. (Funkdruck.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, in diplomatischen Kreisen sei die allgemeine Stimmung mit Bezug auf das bevorstehende Ergebnis der Londoner Konferenz ausgesprochen optimistisch. Von zahlreichen Seiten wird sogar angenommen, daß der Dawes-Plan in der ersten oder zweiten Woche im September bereits in Wirksamkeit treten werde. Bisher sei die Ansicht der Sachverständigen über die Aussichten der anfänglichen Anleihe von 40 Millionen Pfund, die aus auswärtigen Geldmärkten aufgebracht werden soll, geteilt gewesen. Heute sei die allgemeine Auffassung in den Geldmärkten ausgesprochen günstig. Dem Berichterstatter zufolge wird angenommen, daß der Hauptkommissionar für kontrollierte Einfuhr ein Amerikaner sein werde. Seine Verantwortlichkeit würde sehr groß sein, da er tatsächlich so gut wie unbeschränkte Vollmacht in der Frage sowohl der Ausdehnung als auch der Verstärkung des Charakters der Kontrolle über die deutsche Finanzpolitik und Verwaltung besitzen werde, sowie im Falle eines fahrlässigen großen deutschen Verzuges vollkommen die Kontrolle über das Reich übernimmt. Der Berichterstatter erzählt auch, daß der im Zusammenhang mit der deutschen Notenbank genannte Organisationsausschuß seinen Bericht der Reparationskonferenz unterbreite.

Paris. (Funkdruck.) Gestern abend wurde in gewissen politischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß die Londoner Konferenz einen Aufschub erleiden sollte. Wie diese Gerüchte, ist davon in keiner Weise die Rede.

Paris. (Funkdruck.) Ministerpräsident Gerriot hat gestern vormittag den englischen Botschafter Lord Crewe empfangen, mit dem er verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Londoner Konferenz besprochen hat. Weit Parisien nimmt an, daß er sich verpflichtet hat, die beiderseitigen Eindrücke in der Kontrollkommission auszutauschen.

Paris. (Funkdruck.) Der Londoner Berichterstatter des Petit Parisien will erfahren haben, daß die englische Regierung zur Londoner Konferenz Einladungen an Frankreich, Italien, Belgien, Japan und die kleinen Mächte, die an den deutschen Reparationsschulden interessiert sind, hat ergehen lassen.

Die deutsche Teilnahme in London.

Berlin, 3. Juli. Wie wir schon erfahren, ist die Reichsregierung von dem englischen Kabinett inoffiziell davon unterrichtet worden, in welchem Rahmen eine Einzahlung Deutschlands zur Londoner Konferenz vorgesehen ist. Danach werden zunächst zu den technischen Einzelberatungen deutsche Sachverständige eingeladen werden. Erst wenn die Verhandlungen soweit gediehen sind, daß zwischen den beteiligten Regierungen in eine Erörterung der Gesamtprobleme eingetreten werden kann, wird die Reichsregierung erlucht werden, an den Verhandlungen teilzunehmen. Die deutsche Regierung werde dabei während der Londoner Tagung sich zum Eingreifen in die Verhandlungen bereithalten müssen.

Was die Frage der Verabschiedung der Besche zum Sachverständigen-Gutachten betrifft, so ist von englischer Seite erklärt worden, daß lediglich vor dem Inkrafttreten des Gutachtens die deutschen Besche erledigt sein müssen. Das Schlußprotokoll dürfte erst Anfang August unterzeichnet werden.

Die Industrie zum Sachverständigen-Gutachten.

Berlin. Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nahm nach Beratungen des Reichsanwalts Kammer über die Stellung des Reichsverbandes zum Sachverständigen-Gutachten, Professor Dr. Flechtheim über die Industrieobligationen, Generaldirektor Dr. Silberberg über die Organisation der Reichsbahn, Dr. Bremer über die Goldbank, Reichsminister a. D. von Haumer über die Auswirkungen des Gutachtens auf das Budget mit über 100 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen folgende Resolution an: Der Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bestätigt die Entschließung des Präsidiums und Vorstandes vom 24. April 24 und erklärt, daß durch die inzwischen eingetretene Entwicklung der Geschäftslage die Bedenken über die Erfüllbarkeit der Reparationsansprüche erheblich vermindert sind. Er weist in lebhafter Zustimmung mit der Grundbedingung des Gutachtens erneut darauf hin, daß die alsbaldige Wiederherstellung der vollen administrativen und wirtschaftlichen Souveränität des deutschen Reiches in dem besetzten Gebiete Deutschlands für den Fall der Annahme des Gutachtens gefordert sein muß.

Eine Antwort an die deutsche Regierung.

Berlin, 3. Juli. Die bereits angekündigte Antwort der Vorkonferenzkommission auf die deutsche Militärkontrolle wird, wie wir erfahren, voraussichtlich Anfang nächster Woche erfolgen. Der französische Ministerpräsident hat dem deutschen Botschafter bei Entgegennahme der deutschen Note erklärt, daß die Vorkonferenz sich am kommenden Montag mit der Angelegenheit befassen würde.

Die amerikanischen Kredite für Deutschland.

Berlin, 3. Juli. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Der gegenwärtige Aufenthalt des amerikanischen Botschafters Donovan in den Vereinigten Staaten steht

im engsten Zusammenhang mit der Teilnahme Amerikas an der Gewährung einer internationalen Anleihe an Deutschland. Nach den hier vorliegenden Informationen werden die Vereinigten Staaten den amerikanischen Anteil an der Anleihe bereits im Zeitraum von drei Wochen nach Auslegung der Anleihe aufgebracht haben. Darüber hinaus können Privatkredite an die deutsche Industrie in Frage, von denen sich schon etwa 15 Millionen Dollars sicherstellen lassen und der deutschen Industrie zugewandt werden, sobald das Sachverständigen-Gutachten in Kraft getreten ist.

Schluß mit der Kabinettspolitik.

Berlin. Die parteiamtliche Deutschnationale Korrespondenz verbreitet einen Artikel von Dr. Overling unter dem Titel: „Schluß mit der Kabinettspolitik“. Es heißt da unter anderem: „Wieder ist der Reichstag in entscheidenden Tagen ausgeschaltet. Mit der dauernden Ausschaltung des Reichstages hat sich das Kabinetts-Max-Stresemann die Wirkung eines Ermächtigungsgesetzes zu schaffen gesucht. Ebenso wie den Reichstag mit seiner drohenden Opposition schaltet die Regierung den Reichsrat aus. Anstelle des Reichsrates pflegt das Kabinetts-Max-Stresemann die Regierungschefs zusammenzuberaufen. Die Ermächtigung, die der Reichsrat vielleicht nicht geben würde, entnimmt man den Ministerkonferenzen, deren Teilnehmer man durch Vertraulichkeit bindet. Wir haben keine Veranlassung, für die Erhaltung der Weimarer Verfassung einzutreten, aber wir verlangen von Ministern, die auf Grund dieser Verfassung regieren, die Beachtung ihrer Verfassung. Wir verlangen deshalb, daß ein Ende gemacht wird mit der Ausschaltung des Reichstages und ein Ende mit der Kabinettspolitik der Ministerkonferenzen. Das Kabinetts-Max-Stresemann nimmt immer mehr den Charakter einer Kammer an. Man reißt ihm den Vorhang der Heiligkeit weg. Wenn es schon von Seiten der Sozialdemokratie eine Politik treibt, die unser Unglück ist, so soll es sie mindestens nicht im Geheimen treiben, damit das Volk und die Geschichte einst über Frieden und Verantwortung entscheiden können.“

Rückzahlung des Ricmvertrages zum 1. August?

Essen. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist mit der Tatsache, daß die neuen Ricmverträge schon am 20. Juli mit Wirkung vom 1. August als gekündigt werden, bestimmt zu rechnen angesichts der Tatsache, daß das Reich einen Fehlbetrag von 140 Millionen Mark in seinem Haushalt aufweist, für den eine Deckung noch nicht gefunden ist. Es wird aller Wahrscheinlichkeit nach unmöglich sein, die finanziellen Lasten der Ricmverträge über den 1. August hinaus auf sich zu nehmen.

Zur Frage der Stilllegung der Ruhrzweige.

Düsseldorf. In einer besonderen Einabe haben die den Bergarbeiterverbänden angehörenden Mitglieder des Reichslohlenrats die mittelbare Nachprüfung der Wirtschaftlichkeit der schon stillgelegten bzw. von der Stilllegung bedrohten Ruhrzweige durch den Reichslohlenrat veranlaßt. In seiner Antwort weist der Reichslohlenrat darauf hin, wie unter dem Einfluß des preußischen Landtages der Handelsminister die Frage, welche Umstände die augenblicklich im südlichen Bergbau zu beobachtenden Betriebseinschränkungen und Stilllegungen bedingen und auf welche Weise das dadurch für die Allgemeinheit drohende Unheil verhindert werden könne, einer eingehenden mit tunlichster Beschleunigung vorzunehmenden Prüfung durch die in erster Reihe stehenden Behörden unterziehen lasse. Bei dieser Unterredung werden auch Vertreter der Arbeiterorganisationen beteiligt sein.

Die Programmrede des bayerischen Ministerpräsidenten Held.

München. Bei Beginn der gestrigen Landtagsführung stellte der neue Ministerpräsident Dr. Held sein in seiner Zusammenfassung bereits bekanntes Kabinettsprogramm dem Landtage vor. Nach Erklärungen des völkischen Blocks und der Kommunisten, welche letztere der heutigen Regierung ihr schärfstes Mißtrauen aussprachen, ergießt Ministerpräsident Dr. Held das Wort zu einer längeren Programmrede. Dabei kam der Ministerpräsident nach einer Dankeserklärung an die aus dem Amte geschiedenen Minister Dr. von Arnim und Dr. Schöner zu dem bedrohten deutschen Westmark zu sprechen und erklärte, daß von einer Lösung der Rheinfrage nicht nur das deutsche Schicksal, sondern auch die Frage abhängt, ob Europa den Frieden bekeme, der der ganzen Welt so tut weh. Eine Lösung der Rheinfrage, die dem Frieden dienen könne, könne nur deutsch sein. Die Platz in ihrem Abwehrkampf zu stärken, gehöre zu den wichtigsten Aufgaben einer guten deutschen und bayerischen Staatspolitik. Als oberstes Ziel der bayerischen Regierung bezeichnet er dann die Wiederherstellung der revolutionären Gewinnung durch die Erziehung zum Staate. Er sei der Staat auf die mögliche Mitwirkung der Beamten angewiesen. Für revolutionäre Beamte sei daher keinem Ordnungs- und Rechtsstaat kein Raum. Was die Politikverwaltung angeht, so werde die bayerische Regierung sich nach den Grundlagen einer gewissenhaften Regierungshilfe pflegen und unverändert erhalten müssen. Auch die Verwaltungsfrage berührte der Minister und führte aus, es sei nicht der bayerischen Regierung auf eine vernünftige Ausgestaltung und Reform nach dem Willen der Volksmehrheit Gewicht zu legen. Wegen Schluß seiner Rede gab der

Minister ein freudiges Bekenntnis zum Reiche ab. Auch die Pläne bezüglich Zurückhaltung der bayerischen Bahnen und der Post besprach der Ministerpräsident, um dann auf das Verhältnis zwischen Kirche und Staat einzugehen. Nach einem Appell an die Presse, der Seite die Parteien zu schließen, erklärte der Minister, daß sich der Staat gegen das vom Osten drohende Moskowitertum schärfstens wenden werde.

Die Rede des Ministerpräsidenten war wiederholt von Beifall und Zustimmungserklärungen der Koalitionsparteien begleitet, besonders als der Ministerpräsident der Treue der Wähler gedachte, als er sein Bekenntnis der Mitarbeit an einem liberalen Aufbau eines großdeutschen Reiches ablegte, schließlich auch bei seinen Schlußworten, die von den Koalitionsparteien mit Händeklatschen und lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Wenige Zwischenrufe der Kommunisten und der Völkischen kamen fast nicht zur Geltung. Präsident Königsbaur gab hierauf bekannt, daß die politische Aussprache über die Regierungserklärung erst am Dienstag der kommenden Woche beginnen solle. Der Ministerpräsident wurde von den Reichsministern, die zu Beginn seiner Rede im Saal erschienen waren, und von Mitgliedern des Hauses lebhaft beglückwünscht.

Die niederländischen Eisenbahnen gegen die Regie-MiBwirtschaft.

Duisburg. Die Direktion der niederländischen Eisenbahnen teilt auf die zahlreichen Klagen über Verzögerungen im Eisenbahnverkehr im Betrieb mit der Eisenbahnregie im besetzten Deutschland mit, daß der Betrieb der Regie zu wünschen übrig lasse und daß ihr die Verhältnisse bekannt seien. Wiederholt habe die Direktion der niederländischen Eisenbahnen um bessere Behandlung der Güter die Regie erlucht, doch seien diese Bemühungen erfolglos geblieben. Es sei auch bekannt, daß selbst die französischen und belgischen Eisenbahnen über den Betrieb auf den Regiestrecken Klagen führen. Die niederländische Eisenbahn erdliche vorläufig keine Aussicht auf baldige Besserung.

Die in aller Öffentlichkeit erhobene Klage der niederländischen Eisenbahn über bodenlose MiBwirtschaft der französisch-belgischen Eisenbahnregie im besetzten Rheinland und die im Zusammenhang damit in der Öffentlichkeit bekannt gewordene Unzufriedenheit selbst der französischen und belgischen Eisenbahnen ist für Deutschland von ganz besonderer Wichtigkeit. Suchten doch die französisch-belgischen Besatzungsorgane die fortdauernden deutschen Klagen über die Verwahrlosung des Eisenbahnwesens im Rheinland, nachdem es von den Besatzungsmächten in eigener Regie betrieben wurde, stets als eine Wunde der deutschen Nationalität hinzustellen, um die Eisenbahnregie zu diskreditieren. Zum ersten Male finden die deutschen Klagen über den Regiebetrieb Unterstützung durch eine neutrale Eisenbahnverwaltung und, wenn sicherlich auch ungewollt, selbst durch die Eisenbahnverwaltung der Besatzungsmächte. Gerade im jetzigen Augenblick, da die französischen Gewalttäter im Rheinland mit neuen Plänen hervortreten, um unter allen Umständen den Regiebetrieb auch nach Inkrafttreten des Sachverständigen-Gutachtens beizubehalten, darf dies niederländische Gutachten nicht unbeachtet bleiben.

Die Auspressung des Saargebietes.

Man ist in der deutschen Öffentlichkeit nur zu leicht geneigt, um die Möglichkeit eines grundsätzlichen Systemwechsels in der Haltung Frankreichs Deutschland gegenüber zu glauben, weil endlich ein Teil der wegen ihrer Treue zu Volk und Vaterland Vertriebenen zurückkehren darf. Das französische System ist aber nicht lediglich, nicht einmal vorwiegend in ähneren Verdrückungen und Demütigungen des besiegten Gegners verankert. Die Grundlagen der französischen Siegesausbeutung liegen in der wirtschaftlichen Durchdringung und Auspressung weite deutscher Gebiete. So hat vor kurzem ein Bericht des Abgeordneten Kocher in der Deputiertenkammer ein Bild von den Gewinnen gegeben, die der französische Staat aus den Saargebieten herausgezogen hat. Im Jahre 1920 betragen die Gewinne in Goldmark 40 Millionen, 1921 29 Millionen, 1922 50 Millionen. Auf die Löhne hat Frankreich einen Gewinn von 4,70 Goldmark bezogen. Der preussische und bayerische Staat haben zusammen nur 1,20 Goldmark für die Löhne verdient. Für die Auspressung des Saargebietes kennzeichnend ist auch noch folgende Tatsache, auf die der „Saarfreund“ hinweist. Das Sachverständigen-Gutachten hat als Maximalzahlung, die erst in einigen Jahren erreicht werden soll, 2 1/2 Milliarden Goldmark festgelegt. Auf den Kopf der Bevölkerung würden 39 Goldmark kommen. Der französische Staat hat in den Jahren 1920/22 durchschnittlich 40 Millionen Goldmark aus den 700 000 Einwohner des Saargebietes herausgepreßt, also 57 Goldmark auf den Kopf und das Jahr, 18 Goldmark auf den Kopf mehr, wie das doch wirklich nicht bescheidene Sachverständigen-Gutachten als äußerste Grenze ansieht. Die Ausbeutung sieht nicht ohne kulturelle Gegenleistung in ein Hauptkennzeichen französischer Kolonialmethoden. Als Kolonie, deren Bevölkerung noch mehr bedrückt werden darf, als die in letzter Zeit umschmeichelten schwarzen Mitbürger, sieht Frankreich die germanen, seinen Ausbeutungsmethoden preisgegebenen deutschen Gebietsteile an. Es rechnet anscheinend im Saargebiet kann noch mit der Möglichkeit, auf dem Wege über das zu gewinnende Wohlwollen der Bevölkerung diesen Landstrich in seinen Besitz zu bringen. Es hat die Macht und hofft, sie zu behalten.